

# Gesetz über die Presse - Reichspressegesetz

<b>Basisdaten</b>	
<b>fertig</b>	
Titel:	<b>Gesetz über die Presse - Reichspressegesetz</b>
Fundstelle:	Deutsches Reichsgesetzblatt Band 1874, Nr. 16, Seite 65 - 72
Fassung vom:	7. Mai 1874
Bekanntmachung:	10. Mai 1874
Änderungsstand:	16. Januar 2020
Quelle:	<a href="#">Scan auf Commons</a> <a href="#">(Original Ausführung)</a>

**Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc.**  
verordnen in Namen des Deutschen Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

**I. Endliche Bestimmungen.**

Die Freiheit der Presse unterliegt nur denjenigen Beschränkungen, welche durch das gegenwärtige Gesetz vorgeschrieben oder zugelassen sind.

§. 2.

Das gegenwärtige Gesetz findet Anwendung auf alle Erzeugnisse der Buchdruckerpresse, sowie auf alle andern, durch mechanische oder chemische Mittel bewerkstelligten oder Verfertigung bestimmten Vervielfältigungen von Schriften und bildlichen Darstellungen mit oder ohne Schrift, und von Musikalien mit Text oder Erläuterungen. Was im Folgenden von „Druckschriften“ verstanden ist, gilt für alle vorstehend bezeichneten Erzeugnisse.

Als Verbreitung einer Druckschrift im Sinne dieses Gesetzes gilt auch das Anschauen, Ausstellen oder Auslegen derselben an Orten, wo sie der Kenntnißnahme durch das Publikum zugänglich ist.

§. 4.

Eine Entziehung der Befugniß zum selbständigen Betriebe irgend eines Pridgewerbes oder sonst zur Vertriebe von Druckschriften kann weder im administrativen, noch im richterlichen Wege stattfinden. Im Uebrigem sind für den Betrieb der Pridgewerbe die Bestimmungen der Lehrerbildung maßgebend.

§. 5.

Die nichtgewerbsmäßige Verbreitung von Druckschriften kann durch die Ortspolizeibehörde denjenigen Personen verboten werden, welchen nach §. 57 der Gewerbordnung ein Legitimationsschein versagt werden darf. Zwisehandlungen gegen ein solches Verbot werden nach §. 148 der Gewerbordnung bestraft.

**II. Ordnung der Presse.**

§. 6.

Auf jeder im Geltungsbereich dieses Gesetzes erscheinenden Druckschrift muß der Name und Wohnort des Druckers und, wenn sie für den Buchhandel, oder sonst zur Verbreitung bestimmt ist, der Name und Wohnort des Verlegers, oder – beim Selbstvertrags der Druckschrift – des Verfassers oder Herausgebers genannt sein. An Stelle des Namens des Druckers oder Verlegers genügt die Angabe der in das Handelsregister eingetragenen Firma.

Die Aufnahme erledigt kostenfrei, soweit nicht die Entgegengabe des Ruhrs der zu berichtenden Mittheilung übersehen ist, für die über dieses Maß hinausgehenden Zölle sind die üblichen Einrückungsgebühren zu entrichten.

§. 7.

Zeitungen und Zeitschriften, welche in monatlichen oder kürzeren, wenn auch unregelmäßigen Fristen erscheinen (periodische Druckschriften im Sinne dieses Gesetzes), müssen außerdem auf jeder Nummer, jeden Stücke oder Hefts den Namen und Wohnort des verantwortlichen Redakteurs enthalten. Die Benennung mehrerer Personen als verantwortliche Redakteure ist nur dann zulässig, wenn aus Form und Inhalt der Benennung mit Bestimmtheit zu ersehen ist, für welchen Theil der Druckschrift jede der benannten Personen die Redaktion besorgt.

§. 9.

Verantwortliche Redakteure periodischer Druckschriften dürfen nur Personen sein, welche verfassungsfähig, im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind und im Deutschen Reiche ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben. Von jeder Nummer (Heft, Stück) einer periodischen Druckschrift muß der Verleger, sobald die Anstehung oder Versendung beginnt, ein Exemplar gegen eine ihm sofort zu erhaltende Bescheinigung an die Polizeibehörde des Ausgabeorts unentgeltlich abliefern. Diese Vorschrift findet keine Anwendung auf Druckschriften, welche ausschließlich Zweck der Wissenschaft, der Kunst, des Gewerbes oder der Industrie dienen.

§. 10.

Der verantwortliche Redakteur einer periodischen Druckschrift, welche Anzeigen aufnimmt, ist verpflichtet, die ihm von öffentlichen Behörden mitgetheilten amtlichen Bekanntmachungen auf deren Verlangen gegen Zahlung der üblichen Einrückungsgebühren in eine der beiden nächsten Nummern des Blattes aufzunehmen.

§. 11.

Der verantwortliche Redakteur einer periodischen Druckschrift ist verpflichtet, eine Berichtigung der in letzterer mitgetheilten Thatfachen auf Verlangen einer berechtigten öffentlichen Behörde oder Privatperson ohne Einschränkungen oder Weglassungen aufzunehmen, sofern die Berichtigung von dem Einmünder untermiendet ist, keinen strafbaren Inhalt hat und sich auf thatsächliche Angaben der Abdruck muß in der nach Empfang der Einsendung nächstfolgenden, für den Druck nicht bereits abgeschlossenen Nummer und zwar in demselben Theile der Druckschrift und mit derselben Schrift, wie der Abdruck des zu berichtenden Artikels geschahen.

Die Aufnahme erledigt kostenfrei, soweit nicht die Entgegengabe des Ruhrs der zu berichtenden Mittheilung übersehen ist, für die über dieses Maß hinausgehenden Zölle sind die üblichen Einrückungsgebühren zu entrichten.

§. 12.

Auf die von den deutschen Reichs-, Staats- und Gemetindebehörden, von dem Reichstage oder von der Landesvertretung eines deutschen Bundesstaates ausgehenden Druckschriften finden, soweit sich ihr Inhalt auf amtliche Mittheilungen beschränkt, die Vorschriften der §§. 6 bis 11 keine Anwendung.

§. 13.

Die auf mechanischem oder chemischem Wege vervielfältigten periodischen Mittheilungen (Lithographie, autographische, metallographische, durchsichtbare Kopien) unterliegen, sofern sie ausschließlich als Redaktionen verbreitet werden, den in diesem Gesetze für periodische Druckschriften getroffenen Bestimmungen nicht.

§. 15.

Die in den einzelnen Bundesstaaten auf Grund der Landesgesetzgebung bisher erlassenen Verbote ausländischer periodischer Druckschriften treten außer Wirksamkeit.

§. 16.

In Zeiten der Kriegsgefahr oder des Krieges können Veröffentlichungen über Truppenbewegungen und Verteidigungsmittel durch den Reichskanzler mittelst öffentlicher Bekanntmachung verboten werden.

§. 17.

Öffentliche Aufforderungen mittel der Presse zur Aufbringung der wegen einer strafbaren Handlung erkannten Geldstrafen und Kosten, sowie öffentliche Bescheinigungen mittelst der Presse über den Empfang der zu solchen Zwecken gezahlten Beiträge sind verboten. Das zulässige solcher Aufforderungen Empfänger oder der Wert derselben ist der Annahmestelle des Orts der Sammlung für verbindlich zu erklären.

Die Anzahlschrift oder andere amtliche Schriftstücke eines Strafprozesses dürfen durch die Presse nicht veröffentlicht werden, als bis dieselben in öffentlicher Verhandlung kund gegeben worden sind oder das Verfahren sein Ende erreicht hat.

§. 18.

Mit Geldstrafe bis zu einhundert Mark oder mit Haft oder mit Gefängniß bis zu sechs Monaten werden bestraft:  
1) Druckschriften gegen die Bestimmungen der §§. 6, 7 und 8, welche durch falsche Angaben mit Kenntnis der Unrichtigkeit begangen werden.

Dieselbe Strafe trifft den Verleger einer periodischen Druckschrift auch dann, wenn er wissentlich geschehen läßt, daß auf derselben eine Person fälschlich als Redakteur benannt wird.

§. 19.

Mit Geldstrafe bis zu einhundert und fünfzig Mark oder mit Haft werden bestraft:  
1) Druckschriften gegen die §§. 6, 7 und 8, welche nicht durch §. 18 Ziffer 1 getroffen sind.  
2) Druckschriften gegen den §. 9.

3) Druckschriften gegen die §§. 10 und 11.  
In den Fällen der Ziffer 1 tritt die Verfolgung nur auf Antrag ein, und hat das Strafurtheil zugleich die Aufnahme des eingegangenen Artikels in die nächstfolgende Nummer anzuordnen. Ist die unberechtigte Verweigerung im guten Glauben geschahen, so ist unter Freisprechung von Strafe und Kosten lediglich die nachträgliche Aufnahme anzuordnen.

**III. Verantwortlichkeit für die durch die Presse begangenen strafbaren Handlungen.**

§. 20.

Die Verantwortlichkeit für Handlungen, deren Strafbarkeit durch den Inhalt einer Druckschrift begründet wird, bestimmt sich nach den bestehenden allgemeinen Strafgesetzen. Ist die Druckschrift eine periodische, so ist der verantwortliche Redakteur als Thäter zu bestrafen, wenn nicht durch besondere Umstände die Annahme seiner Täterschaft ausgeschlossen wird.

§. 21.

Begründet der Inhalt einer Druckschrift das Vorhandensein einer strafbaren Handlung, so sind der verantwortliche Redakteur, der Verleger, der Drucker, derjenige, welcher die Druckschrift gegenwärtig vertrieben oder sonst öffentlich verbreitet hat (Verbreiter), soweit sie nicht nach §. 20 als Thäter oder Theilnehmer zu bestrafen sind, wegen Fahrlässigkeit mit Geldstrafe bis zu einhundert Mark oder mit Haft oder mit Gefängniß bis zu einem Jahre zu belegen, wenn sie nicht die Anwendung der pflichtgemäßen Sorgfalt oder Umstände nachweisen, welche diese Anwendung unmöglich gemacht haben.

Die Bestrafung bleibt jedoch für jede der benannten Personen ausgeschlossen, wenn sie als den Verleger oder den Einmünder, mit dessen Einwilligung die Veröffentlichung geschahen ist, oder, wenn es sich um eine nicht periodische Druckschrift handelt, als den Herausgeber derselben, oder als einen der in obiger Reihenfolge vor der Benennung einer Person bis zur Verkündung des ersten Urtheils nachweist, welche in dem Bereich der richterlichen Gewalt eines deutschen Bundesstaats sich befunden, oder falls sie verstorben ist, sich zur Zeit der Veröffentlichung befunden hat; hinsichtlich des Verbreiters ausländischer Druckschriften außerdem, wenn ihn dieselben im Wege des Buchhandels zugekommen sind.

**IV. Verjährung.**

§. 22.

Die Strafverfolgung derjenigen Verbrechen und Vergehen, welche durch die Verbreitung von Druckschriften strafbaren Inhalts begangen werden, sowie denjenigen sonstigen Vergehen, welche in diesem Gesetze mit Strafe bedroht sind, verjährt gemäß § 195. B.G.B.

**V. Beschlagnahme.**

Eine Beschlagnahme von Druckschriften einer richterlichen Anordnung findet nur statt:

1) wenn eine Druckschrift den Vorschriften der §§. 6 und 7 nicht entspricht, oder den Vorschriften des § 14 wider vertrieben wird.  
2) wenn durch eine Druckschrift einem auf Grund des § 15 dieses Gesetzes erlassenen Verbot zuwider gehandelt wird.

Das zulässige solcher Aufforderungen Empfänger oder der Wert derselben ist der Annahmestelle des Orts der Sammlung für verbindlich zu erklären. Das bei Verzeigerung der Beschlagnahme die Aufforderung oder Ansetzung ein Verbrechen oder Vergehen unmittelbar zur Folge haben wird.

§. 24.

Ueber die Bestätigung oder Aufhebung der vorläufigen Beschlagnahme hat das zuständige Gericht zu entscheiden. Die Beschlagnahme von Druckschriften einer richterlichen Anordnung bestrüßt und von dem Gerichte binnen vierundzwanzig Stunden nach Empfang des Antrags erlassen werden. Die Staatsanwaltschaft hat entweder die Wiederaufhebung der Beschlagnahme mittelst einer sofort vollstreckbaren Verfügung anzuordnen, oder die gerichtliche Bestätigung binnen zwölf Stunden nach Empfang der Verhandlungen zu beantragen.

Wenn nicht bis zum Ablauf des fünften Tages nach Anordnung der Beschlagnahme der bestättigende Gerichtsbescheid der Behörde, welche die Beschlagnahme angeordnet hat, zugegangen ist, erlischt die letztere und muß die Freigabe der einzelnen Stücke erfolgen.

§. 25.

Gegen den Beschleiß des Gerichts, welcher die vorläufige Beschlagnahme aufhebt, findet ein Rechtsmittel nicht statt.

§. 26.

Die vom Gericht bestätigte, vorläufige Beschlagnahme ist wieder aufzuheben, wenn nicht binnen zwei Wochen nach der Bestätigung die Strafverfolgung in der Hauptsache eingeleitet werden ist.

§. 27.

Die Beschlagnahme von Druckschriften trifft die Exemplare nur da, wo dieselben zum Zwecke der Verbreitung sich befinden. Sie kann sich auf die zur Vervielfältigung dienenden Platten und Formen erstrecken; bei Druckschriften im engeren Sinne hat auf Antrag des Beteiligten statt Beschlagnahme des Satzes das Abgeben des letzteren zu geschahen. Bei der Beschlagnahme sind die dieselbe veranlassenden Stellen der Schrift unter Anführung der verletzten Gesetze zu bezeichnen. Trennbare Theile der Druckschrift (Beilagen einer Zeitung etc.), welche nichts Strafbares enthalten, sind von der Beschlagnahme auszuschließen.

§. 29.

Während der Dauer der Beschlagnahme ist die Verbreitung der von derselben betroffenen Druckschrift oder der Wiederabdruck der die Beschlagnahme veranlassenden Stellen unstatthaft. Hier mit Kenntniß der vorliegenden Beschlagnahme dieser Bestimmung entgegenhandelnd, wird mit Geldstrafe bis fünfshundert Mark oder mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft.

§. 30.

Zur Entschädigung über die durch die Presse begangenen Unberichtigungen sind die Gerichte auch in demjenigen Bundesstaatens unbeschädigt zuständig, wo zur Zeit noch deren Auberhaltung die Verwaltungsbehörden zustehen. Soweit in einzelnen Bundesstaaten eine Wirkung der Staatsanwaltschaft bei den Gerichten unterster Instanz nicht vorgeschrieben ist, sind in den Fällen der ohne richterliche Anordnung erfolgten Beschlagnahme die Ältern unmittelbar dem Gericht vorzulegen.

**VI. Schlußbestimmungen.**

§. 30.

Die für Zeiten der Kriegsgefahr, des Krieges, des erklärten Kriegs (Belagerung) ) Zustandes oder innerer Unruhen (Aufruhr) in Bezug auf die Presse bestehenden besonderen gesetzlichen Bestimmungen bleiben nach diesem Gesetze gegenüber bis auf Weiteres in Kraft. Das Recht der Landesgesetzgebung, Vorschriften über das öffentliche Anschauen, Ausstellen, sowie die öffentliche, unentgeltliche Verbreitung von Bekanntmachungen, Plakaten und Aufträgen zu erlassen, wird durch dieses Gesetz nicht berührt.

Derbehaltlich der auf den Landesgesetzen beruhenden allgemeinen Gewerbesteuer findet eine besondere Bestimmung der Presse und der einzelnen Prederzeugnisse (Zeitung und Kalenderstempel, Abgaben von Inserten etc.) nicht statt.

§. 31.

Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1874 in Kraft. Seine Einführung in Einzel-Löcherungen bleibt einem besonderen Gesetze vorbehalten. Urkundlich unter Unserer Höchstehendenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Inseigel.

Gegeben Berlin, den 7. Mai 1874.  
(L. S.) Wilhelm.

Fürst v. Bismarck.